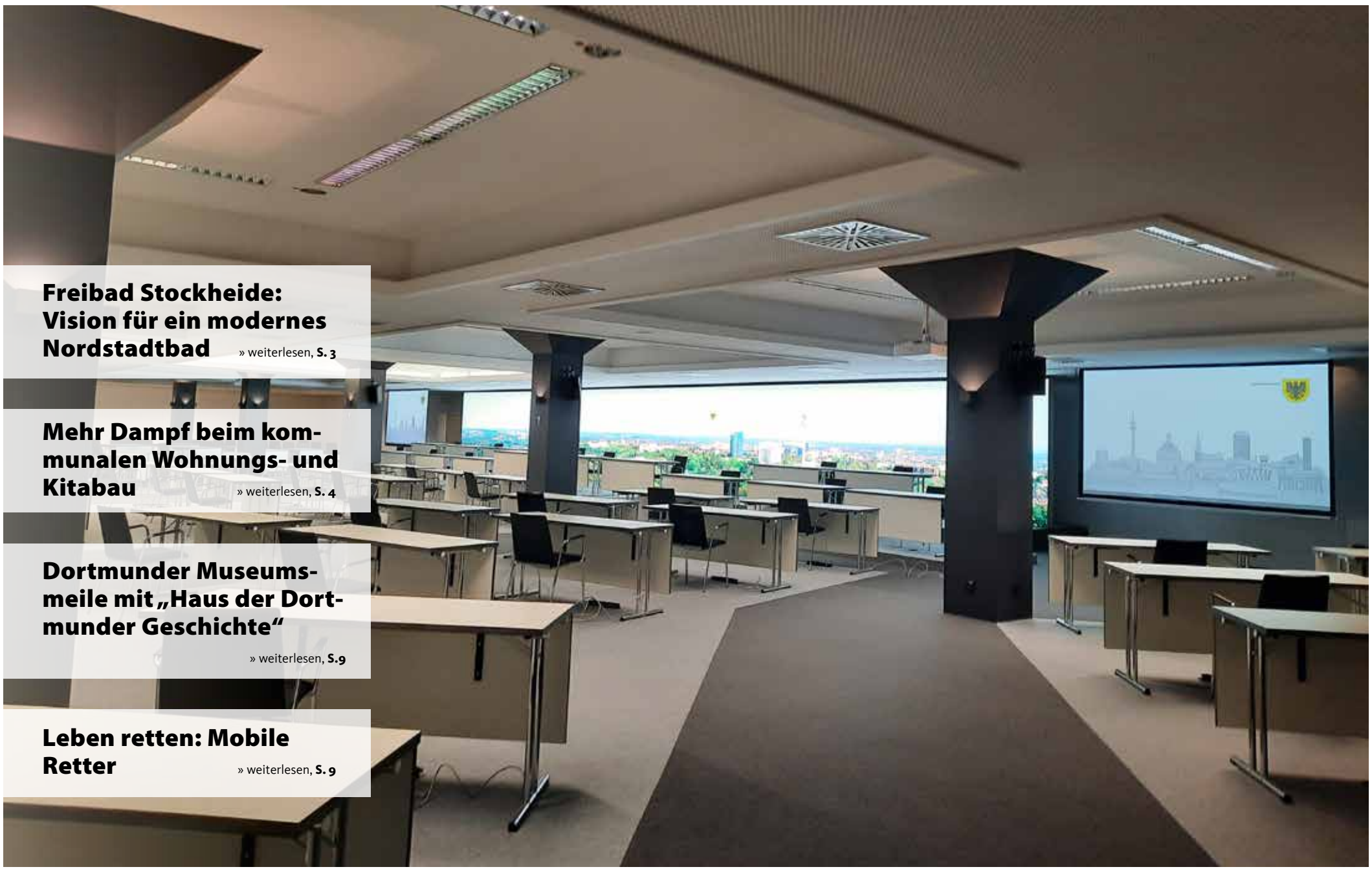
Klartext

CDU
Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Einblicke ins Rathaus – Auszüge aus der Arbeit der CDU-Ratsfraktion

Juni 2021



Freibad Stockheide: Vision für ein modernes Nordstadtbad » weiterlesen, **S. 3**

Mehr Dampf beim kommunalen Wohnungs- und Kitabau » weiterlesen, **S. 4**

Dortmunder Museumsmeile mit „Haus der Dortmunder Geschichte“ » weiterlesen, **S.9**

Leben retten: Mobile Retter » weiterlesen, **S. 9**

Foto: CDU-Ratsfraktion

Förderung der Nachtkultur: Nachtbeauftragte(r) für Dortmund kommt!

Auf breite Zustimmung traf die gemeinsame Antragsinitiative von CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Dortmund eine(n) Nachtbürgermeister/In einzuführen. „Wir freuen uns, dass die Stelle einer/eines Nachtbeauftragten in diesem Frühjahr von der Stadt Dortmund ausgeschrieben wurde. Unser Ziel ist die Förderung und Unterstützung der Dortmunder Club- und Nachtkultur. Eine interessante, weil vielfältige, niveauvolle und pulsierende Nachtkultur ist ein nicht zu vernachlässigender Image- und Wirtschaftsfaktor für ein Oberzentrum unserer Größe. Der oder die Nachtbeauftragte soll nach unserer Vorstellung die Potentiale der Club- und Nachtkulturszene gemeinsam mit den Betreibern weiterentwickeln, soll Anlaufstelle für Nachtökonomie, Politik und Verwaltung sein und eine vermittelnde Rolle bei Konflikten einnehmen“, erläutert Udo Reppin, der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion die Hintergründe.

Inzwischen gibt es in zahlreichen Metropolen, wie London, Paris, Amsterdam oder New York “Nachtoffizielle”. Auch in Deutschland erkennen immer mehr Städte den Bedarf für die Schaffung einer solchen Stelle. Wir sind überzeugt, dass von einer/einem Nachtbeauftragten wichtige Impulse zur Förderung der Club- und Nachtkulturszene ausgehen werden. Darüber hinaus haben wir mit der von uns unterstützten Aussetzung der Sperrstunde und der Vergnügungssteuer die Rahmenbedingungen für eine Entfaltung der Nighttime Economy verbessert.

Foto: iStock.com/Vershinin

Dr. Jendrik Suck

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

spannende Monate liegen hinter uns. Der Rat der Stadt Dortmund hat sich nach der Kommunalwahl neu sortiert. Die Zeiten, in denen eine politische Kraft dominiert und die Geschicke der Stadt bestimmt, sind endgültig vorbei. Es ist eine andere Bewegung in die Dortmunder Politik gekommen: Mehrheiten müssen erarbeitet werden und sind anders als in früheren Wahlperioden nicht mehr einfach so gegeben. Sehr erfolgreich finden sich neue, wechselnde Mehrheiten jenseits der SPD, die nur noch eine von drei stärkeren Kräften im Dortmunder Rat ist. Anders als seinen Vorgängern fehlt dem amtierenden SPD-Oberbürgermeister eine durchsetzungsfähige Hausmacht im Rat der Stadt Dortmund. Gewonnen hat der politische Diskurs innerhalb des Rates.

Wir haben in der Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen schnell unsere Rolle gefunden und sind eine gestaltende Kraft in unserer Stadt. Die aus dem Stichwahlkampf um das Oberbürgermeisteramt hervorgegangene Projektpartnerschaft mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich eingespielt und funktioniert gut. Gemeinsam arbeiten wir zielstrebig und erfolgreich an der Konkretisierung und Umsetzung der gemeinsam verabredeten Ziele und Vorhaben. So setzen wir die Impulse, sind der Moderator des Meinungsaustausches, wir organisieren die Mehrheiten und sind der politische Schrittmacher. Uns liegt Dortmund am Herzen!

Mit der Ihnen vorliegenden Ausgabe unseres „Klartextes“ möchten wir Ihnen aus der Arbeit unserer Fraktion berichten und Ihnen unsere Position zu ausgewählten Themen vorstellen. Möchten Sie mehr über unsere Politik erfahren und fortlaufend über unsere Ziele informiert sein? — Folgen Sie uns doch in den Sozialen Medien! Wir laden Sie herzlich ein, die Social-Media-Aktivitäten unserer Fraktion zu verfolgen und so „nah dran zu sein“ an den Entwicklungen in der Dortmunder Kommunalpolitik.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Dr. Jendrik Suck
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Impressum

Herausgeber: CDU Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, Südwall 21-23, 44135 Dortmund
V.i.S.d.P.: Ralf Binnberg Geschäftsführer
Redaktion: Dr. Jendrik Suck (Leitung), Ralf Binnberg, Reinhard Frank, Annette Hedergott, Susanne Lengner, Manuel Treude
Redaktionsschluss: 7. Juni 2021
Satz: schlecht gestaltet. Ute Schlecht
Druck: Deutsche Post Dialog Solutions GmbH

Weniger Verkehr am See: Parkraumkonzept PHOENIX See

Foto: CDU-Ratsfraktion

Es ist was los auf den Straßen rund um den PHOENIX See. Insbesondere an Wochenenden und bei schönem Wetter offenbart sich die Kehrseite der großen Attraktivität des PHOENIX Sees: Während es noch freie Plätze in den Parkhäusern an Phoenixseestraße und Faßstraße gibt, suchen Autofahrer nach den letzten Parklücken in den Wohnstraßen nördlich und südlich des Sees. Mit dem Ziel, das Verkehrsaufkommen rund um den PHOENIX See ein Stück weit zu reduzieren und das Thema „Parken“ in geordnete Bahnen zu lenken, hat der Rat im März dieses Jahres mit den Stimmen unserer Fraktion ein neues Parkraumkonzept für den PHOENIX See beschlossen.

Dazu Reinhard Frank, Sprecher unserer Fraktion im zuständigen Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün: „Bereits im Dezember 2020 hatte die Verwaltung einen Vorschlag für ein Parkraumkonzept für den PHOENIX See vorgelegt. 28 Parkscheinautomaten, eine maximale Parkdauer von grundsätzlich drei Stunden und eine Bewohnerparkzone ‚Weingartenstraße‘ sollten zu einer Entspannung der ‚Verkehrssituation‘ führen. Das Verwaltungskonzept fand bei der Anwohnerschaft nicht den erhofften Anklang. Die Anwohnerinnen und Anwohner des PHOENIX Sees meldeten sich mit zahlreichen Anregungen und Einwänden zu Wort.

Wir haben uns deshalb in der Dezembersitzung des Rates erfolgreich dafür eingesetzt, einen Ratsbeschluss in der Sache fürs Erste zurückzustellen und noch keine Nägel mit Köpfen zu machen. Wir wollten unseren Politikvertretern vor Ort, unseren Mitgliedern in der Hörder Bezirksvertretung zunächst die Chance zum Bürgerdialog eröffnen, um die zahlreichen Anregungen, Stellungnahmen und Wünsche der Anwohnerinnen und Anwohner vor einer Entscheidungsfindung angemessen berücksichtigen zu können. Im März dieses Jahres war es dann so weit: Wie von der Bezirksvertretung in Hörde empfohlen, hat der Rat die Parkraumbewirtschaftung in den Bereichen Am Kai, Hörder-Bach-Allee, Hans-Tombrock-Straße und des westlichen Teils der Phoenixseestraße bis zur Hans-Tombrock-Straße beschlossen. Auf Wunsch der Anwohnerschaft bleiben aber der östliche Bereich der Phoenixseestraße bis zum Kreisverkehr und die Straße ‚An den Emscherauen‘ davon ausgenommen. Der Bereich Weingartenstraße/Am Remberg wird zur Bewohnerparkzone. Vier zusätzliche Planstellen für die Verkehrsüberwachung des Ordnungsamtes sollen sicherstellen, dass die Einhaltung des neuen Parkraumkonzeptes fortlaufend kontrolliert und bußgeldbewährte Verstöße konsequent geahndet werden. Wir wünschen uns, dass das Konzept aufgeht.“

Primat der Politik: Einfluss des Rates in kommunalen Unternehmen stärken und frühzeitige Beteiligung an Entscheidungen sicherstellen

Die CDU-Fraktion bekennt sich zu einer starken Kommunalwirtschaft. Die städtischen Unternehmen erfüllen wichtige kommunale Aufgaben und sind deshalb auch fester Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung. Genau aus diesem Grund ist es uns ein Anliegen, den in der Gemeindeordnung vorgesehenen Einfluss des Rates in kommunalen Unternehmen zu stärken (Primat der Politik). In der jüngeren Vergangenheit hat sich bei der einen oder anderen Entscheidung gezeigt, dass der Einfluss der Stadt, vertreten durch die von der Bürgerschaft gewählten Politik, über das Gesellschaftsrecht leicht untergraben werden kann. Dem wollen wir mit Spielregeln für das Verfahren zwischen Stadt und kommunalen Unternehmen, der Fortschreibung des Public Corporate Governance Kodex, der Weiterentwicklung des städtischen Beteiligungsmanagements und der Einrichtung eines Beirats der Kommunalwirtschaft vorbeugen und den Primat der Politik als gewählte Vertreter durchsetzen.

„Die städtischen Unternehmen und Betriebe dienen unserem Gemeinwohl, indem sie einen unersetzbaren Beitrag zur Daseinsvorsorge in einer Großstadt leisten. Dies hat sich während der Corona-Pandemie noch einmal in besonderer Weise erwiesen. Sicher, krisenfest und bezahlbar. In einer Fülle von Lebensbereichen. Von der Versorgung mit Wasser, Wärme, Strom, der Entsorgung von Abfall und Abwasser, dem ÖPNV, dem Wohnungsbau bis hin zu Pflege und Gesundheit reicht das Leistungsspektrum unserer kommunalen Unternehmen“, betont Sascha Mader, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften und führt aus: „In der Sitzung des Rates am 17. Dezember 2020 hat der Rat der Stadt Dortmund fast geschlossen den von uns gemeinsam mit den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP/Bürgerliste initiierten Antrag zur Sicherung der Steuerungs-, Einfluss- und Kontrollrechte des Rates in Bezug auf städtische Unternehmen beschlossen. Wie von uns gefordert hat der Rat der Stadt Dortmund nun unter anderem die Einrichtung eines ‚Beirats der Kommunalwirtschaft‘ beschlossen, dessen Sinn und Zweck die verbesserte Durchsetzung der Einflussmöglichkeiten des Rates in Bezug auf die städtischen Beteiligungsgesellschaften sein soll. Der Beirat soll der besseren Verknüpfung von Politik, Beteiligungsverwaltung und kommunalen Beteiligungen dienen und vor allem eine frühzeitige Information und Einbeziehung der Politik sicherstellen. So soll der Primat der Politik in Bezug auf die kommunalen Unternehmen und die Beteiligungsverwaltung durchgesetzt werden.“

Digitalisierungsschub für Dortmund: Memorandum zur Digitalisierung 2020-2025

Foto: iStock.com/aislan13

Wir wollen, dass Dortmund im Jahr 2025 zu den digitalsten und smartesten Städten Deutschlands zählt. Erreicht werden soll dies mit dem von uns initiierten „Memorandum zur Digitalisierung 2020 bis 2025“. Hinter unserer Idee einer „Roadmap“ zur Steuerung der weiteren Digitalisierungsprozesse in unserer Stadt hat sich ein breites Bündnis verschiedener Fraktionen gestellt.

Lars Vogeler, Sprecher der CDU im zuständigen Fachausschuss des Rates für Personal, Organisation und Digitalisierung: „Das Memorandum wird der Motor des von uns beabsichtigten Digitalisierungsschubs sein und die Digitalisierungsprozesse in unserer Stadt vorantreiben. Mit zwei Zielrichtungen: Zum einen nach ‚innen‘ auf die weitere Digitalisierung der Verwaltung zielend. Zum anderen nach ‚außen‘ wirkend und den Digitalisierungsfortschritt in der Stadt im Ganzen in den Blick nehmend, wenn es um Themen wie den Breitbandausbau, die Digitalisierung der Schulen oder den Smart-City-Prozess geht.

Ziel des Memorandums zur Digitalisierung ist es u. a., Verwaltungsstrukturen effizienter zu machen, um für die Bürgerschaft einen wirklichen Mehrwert zu erzielen. Digitalisierung darf endlich nicht mehr nur als Selbstzweck verstanden werden, sondern muss mit Leben gefüllt werden. Dazu braucht es konkrete Maßnahmen und klare Zielvorstellungen. Dazu braucht es das ‚Memorandum zur Digitalisierung‘. Die von uns geforderte Projektlenkungsrunde aus Vertretern von Politik und Verwaltung zur beratenden Begleitung und Abstimmung des weiteren Verfahrens zur Umsetzung des Memorandumsprozesses hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen.“

Freibad Stockheide: Vision für ein modernes Nordstadtbad

Der Hoeschpark soll mit rund 6,2 Mio. Euro zu einem überregionalen Integrations-, Gesundheits-, Sport- und Freizeitpark entwickelt werden. Wenn es nach uns geht, erhält der heutige Freibadstandort Stockheide darin eine Hauptrolle: Wir sprechen uns dafür aus, am Standort Stockheide eine Kombination aus Frei- und Hallenbad zu schaffen.

Die Gründe erläutert Ute Mais, die sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion:

„Die zwingend notwendige Sanierung des Freibades Stockheide beschäftigt die Politik seit vielen Jahren. Doch anstatt einmal richtig Geld für eine umfassende Badsanierung in die Hand zu nehmen, wird das Freibad von Saison zu Saison lediglich so weit ertüchtigt, wie es zur Sicherung des Badbetriebes notwendig ist. Inzwischen jedoch drängt die Zeit. Der Sanierungsstau beläuft sich auf geschätzte rund 7 Mio. Euro. So hätten etwa 250.000 Euro investiert werden müssen, um das Freibad Stockheide in diesem Sommer verkehrssicher in Betrieb nehmen zu können. Wir haben uns im Rat deshalb dafür ausgesprochen, eine Entscheidung über die Sanierung des Freibads Stockheide bis zur Vorlage des auch von uns beauftragten Bäderkonzepts zurückzustellen und kein weiteres Stückwerk zu verrichten.

Wir haben für den Standort Stockheide die Vision einer Kombination aus Frei- und Hallenbad. Ob als Allwetterbad mit zu öffnendem Dach oder als separaten Hallenbau – darüber könnte ein planerischer Ideenwettbewerb entscheiden. Mit unserer Idee knüpfen wir an die Entwicklung des Hoeschparks zu einem Integrations-, Gesundheits-, Sport- und Freizeitpark an. Ein modernes Bad am Standort Stockheide wäre eine Attraktion und würde das Konzept für den Hoeschpark richtig rund machen. Ähnlich wie am Standort Wischlingen, wo der Ersatzbau des Hallenbades West in die vorhandene Badlandschaft des Revierparks integriert wurde, könnten auch hier Kosten gespart und Synergieeffekte gehoben werden. Das Nordbad, und dies wird das Bäderkonzept ersten Erkenntnissen zufolge belegen, ist derart marode, dass die Kosten für die notwendige Sanierung des Bades das Interesse an seiner Aufrechterhaltung übersteigen. Eine Aufgabe des heutigen Nordbadstandortes und seine Integration in den Badstandort Stockheide würde Raum schaffen für eine weitere Kindertagesstätte im Herzen der Nordstadt.

Uns ist wichtig, dass die Bäderlandschaft in Dortmund endlich auf stabile und nachhaltige Beine gestellt wird. Einmal richtig zu investieren, anstatt immer mal wieder ein paar Euro in die Hand zu nehmen, ist wirtschaftlich gesehen die vernünftigste Lösung und signalisiert, dass der Sport in Dortmund ein wichtiger Bestandteil des sozialen Miteinanders, eine Unterstützung der Integration und ein Aushängeschild Dortmunds ist.“

Foto: iStock.com/cookelma

Brückenschlag B54: CDU unterstützt barrierefreien Zugang zum Rombergpark

Die CDU-Fraktion hat dem Neubau von zwei Fußgängerbrücken über die Nortkirchenstraße und B54 zugestimmt. Durch den Brückenschlag soll der Zugang zur Stadtbahnhaltestelle „Rombergpark“ verbessert und eine barrierefreie Verbindung zwischen Phoenix-West-Gelände bzw. WILO Campus und Rombergpark geschaffen werden. Die beiden Brückenbauwerke sind als Stahlkonstruktionen geplant, was dem historischen Erbe des Standortes Phoenix-West Rechnung tragen soll. Bei einem avisierten Gesamtinvestitionsvolumen von über 12 Millionen Euro hängt die Realisierung des Projektes jedoch maßgeblich davon ab, ob die beantragten Fördermittel letztlich bewilligt werden. Im Falle einer Förderzusage würden rund 80% der Gesamtkosten über das Regionale Wirtschaftsförderprogramm (RWP) des Landes NRW refinanziert.

Foto: CDU-Ratsfraktion

Mehr Dampf beim kommunalen Wohnungs- und Kitabau

Foto: CDU-Ratsfraktion

Damit der Neubau von Wohnungen und Kitas endlich richtig Fahrt aufnimmt, haben wir bereits im März 2021 im Rahmen der Projektpartnerschaft mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Konzept zur Intensivierung der kommunalen Bautätigkeit gefordert. Unsere Vorstellung ist ein Zusammenwirken von DOGEWO21 als kommunalem Wohnungsunternehmen, der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft DSG und dem städtischen Sondervermögen Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund. In der Ratssitzung am 20. Mai 2021 haben wir für unseren Antrag zum „Kommunalen Wohnungs- und Kitabau in Dortmund“ eine breite Mehrheit gefunden. Wir erwarten von dem Konzept Aussagen über

- Zielvorgaben für den insgesamt neu zu schaffenden Wohnraum
- Zielvorgaben für den Neubau öffentlich geförderter Wohnungen
- Zielvorgaben für neu zu schaffende Kitas

sowie

- eine Bewertung von Wirtschaftlichkeit und finanziellen Auswirkungen
- die Berücksichtigung sozialer, wirtschaftlicher und klimaschutzrelevanter Aspekte
- eine Prüfung der Möglichkeiten zur Bereitstellung von Grundstücken aus dem städtischen Sondervermögen an die DOGEWO21 oder die DSG.

Uwe Waßmann, wohnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Wir freuen uns, dass der Oberbürgermeister inzwischen unsere Idee aufgreift, und zur Juni-Sitzung des Rates ein Konzept zur Neuausrichtung der DSG zur kommunalen Wohnungsbaugesellschaft vorlegen wird. Wie wir uns dazu verhalten werden, ist noch offen. Unser Ziel steht aber fest: Wir wollen dem jährlichen Neubau von 2.500 Wohnungen bis 2025 in allen Segmenten den Weg ebnen. Inklusive eines kommunalen Programms zur Schaffung von Wohnraum für junge Familien mit dem Ziel von insgesamt 5.000 neuen Wohnungen bis zum Ende dieser Ratsperiode. Die Formel ist einfach: Mehr Wohnungsbau sorgt für mehr Wohnraumangebot und bremst den Preisanstieg auf dem Wohnungsmarkt! Um dies zu erreichen wollen wir mehr Dampf beim kommunalen Wohnungsbau!“

Vor diesem Hintergrund stehen wir der aufgekommenen Diskussion zur Veränderung der heutigen Gesellschafterstruktur der DOGEWO21 grundsätzlich offen gegenüber. „Sie muss aber mit dem Ziel geführt werden, den kommunalen Wohnungsbau zu stärken. Statt lediglich eine Anteilsverschiebung zwischen DSW 21 (heute 90%) und Sparkasse Dortmund (heute 10%) im Blick zu haben, sollte auch betrachtet werden, ob der städtische Wohnungsbau mit einem Wiedereinstieg der Stadt Dortmund in den Gesellschafterkreis der DOGEWO Fahrt aufnehmen kann.

Die Diskussion über die Gesellschafterstruktur der DOGEWO darf vor allen Dingen nicht hinter dem Rücken der Politik geführt werden. Wir wollen eine frühzeitige Beteiligung der Politik und erwarten, dass das Thema zum Gegenstand der künftigen Beteiligungskommission des Rates gemacht wird, in der alle beteiligten Interessen an einem Tisch sitzen. Eins steht für uns aber fest: Die DOGEWO bleibt zu 100% in kommunaler Hand!“, umreißt der Vorsitzende Dr. Jendrik Suck die Haltung der CDU-Fraktion.

Neues Ausbauziel: Versorgungsquote von 50% für Kinder unter drei Jahren

Auf Initiative der CDU-Fraktion hat der Rat der Stadt Dortmund erst vor zwei Jahren als mittelfristiges Ausbauziel für die Kindertagesbetreuung der unter Dreijährigen die angestrebte Betreuungsquote auf 41% heraufgesetzt. „Die Richtigkeit des von uns eingeschlagenen Weges, die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren anzuheben und damit den Kita-Ausbau voranzutreiben, bestätigt sich nun. Bevölkerungszuwächse, steigende Geburtenzahlen und eine stetig steigende Nachfrage erfordern eine erneute Anpassung der Ausbauziele, um dem Bedarf an Bildungs- und Betreuungsplätzen für die unter Dreijährigen gerecht zu werden. Wir haben im Rat der Stadt Dortmund für die von der Verwaltung erarbeitete Ausbaustrategie der Kindertagesbetreuung 2021 bis 2025 gestimmt. Diese hat eine Versorgungsquote von mindestens 50% für Kinder unter drei Jahren zum Ziel. 70% der Plätze sollen in Tageseinrichtungen und 30% der Plätze in der Kindertagespflege bei Tagespflegepersonen oder in einer Großtagespflegestelle angeboten werden“, begrüßt Christian Barrenbrügge, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, die vom Rat beschlossene Ausbaustrategie. Deren Blick richtet sich insbesondere auf die Bildungsbedarfe von Familien in den benachteiligten Sozialräumen unserer Stadt, um das Sprach- und Bildungsniveau im Übergang zur Grundschule sowie die Integrationschancen nachhaltig zu verbessern.

Foto: iStock.com/marcobir

Absage an OB-Idee eines Flughafenverbundes, aber „Bahn frei“ für Schwellenverlegung

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion hat der Rat der Stadt die Bahn für eine Verlegung der Landeschwelle am Dortmunder Flughafen frei gemacht. Die für Landungen zur Verfügung stehende Bahn kann nun um 300 Meter nach Osten „verlängert“ werden, sofern der entsprechende Antrag von der zuständigen Luftfahrtbehörde in Münster genehmigt wird. Dies bedeutet aber keine bauliche Erweiterung/Verlängerung der Start- und Landebahn, denn die Schwelle wird allein auf der bereits vorhandenen Landebahn versetzt. Die CDU-Fraktion begrüßt den Beschluss und freut sich darüber, dass mit der Schwellenverlegung eine höhere Flugsicherheit gewährleistet wird. „Die Verlängerung der Landebahn ist dringend nötig, um den verschärften Sicherheitsvorgaben für Landeanflüge bei ungünstigen Wetterverhältnissen in angemessener Weise Rechnung zu tragen“, meint unser planungspolitischer Sprecher Uwe Waßmann.

Die im Wahlkampf geborene Idee des heutigen SPD-Oberbürgermeisters, einen westfälischen Flughafenverbund der Flughäfen Dortmund, Münster/Osnabrück und Paderborn/Lippstadt zu bilden, hat im Rat (25.3.2021) unter dem Tagesordnungspunkt „Zukunft Flughafen“ eine Bruchlandung hingelegt. Wir haben der Idee von vornherein ablehnend gegenübergestanden und freuen uns, dass sich andere Fraktionen unserer Haltung angeschlossen haben.

„Wir haben weder in den beteiligten Fachausschüssen noch im Rat der Stadt Dortmund überzeugende Antworten auf die Frage erhalten, worin die Vorteile eines solchen Flughafenverbundes für die Kosten der Flughafeninfrastruktur, für die Bindung und Gewinnung von Fluggesellschaften oder die Steigerung des Passagieraufkommens liegen könnten. Der Nutzen einer Kooperation bleibt schleierhaft. Wie soll eine Kooperation mit dem am Boden liegenden, insolventen Flughafen Paderborn/Lippstadt den Dortmunder Flughafen stärken können?“, erläutert der Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, Sascha Mader, die CDU-Position und blickt nach vorne: „Wir sind zuversichtlich, dass der Flughafen Dortmund nach der Corona-Pandemie auf seinen Wachstumspfad zurückfindet. Anknüpfungspunkt ist das Ergebnis des Jahres 2019 mit einem Rekord-Passagieraufkommen von rund 2,7 Mio. Fluggästen und einem EU-Betriebsergebnis, das erwarten ließ, dass ohne Covid-19 bereits im letzten Jahr das Ziel eines ausgeglichenen Betriebsergebnisses erreicht worden wäre. Die CDU-Fraktion steht hinter dem Dortmunder Flughafen und seinen Beschäftigten.“

Foto: CDU-Ratsfraktion

Moderne Verkehrsinfrastruktur für Dortmund: Neuaufstellung des Tiefbauamtes

Foto: CDU-Ratsfraktion

Wir haben uns das Ziel gesetzt, den Zustand von Straßen, Brücken, Geh- und Radwegen in Dortmund dauerhaft zu verbessern. Deshalb fordern wir eine grundlegende Neustrukturierung des städtischen Tiefbauamtes. Geht es nach uns, soll die Stadtverwaltung bereits Ende des Jahres ein entsprechendes Konzept vorlegen. Ziel ist, dass die kommunale Infrastruktur in 5 Jahren eine deutlich bessere Qualität aufweist als heute. Wir haben die Erwartung, dass verschiedene Projekte mit einem effektiver aufgestellten Tiefbauamt ab 2022 deutlich an Fahrt gewinnen werden (u. a. ein optimiertes Baustellenmanagement, ein kommunaler Verkehrswegeplan und ein digitales Straßenzustandsverzeichnis).

Reinhard Frank, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, erklärt:
“Mit der geforderten Neuaufstellung wollen wir das städtische Tiefbauamt endlich dazu in die Lage versetzen, die Verkehrsinfrastruktur in Dortmund langfristig instand zu halten. Schlaglochpisten, marode Radwege, baufällige Brücken und überwucherte Gehsteige sollen der Vergangenheit angehören. Dortmund benötigt moderne und effektive Strukturen innerhalb der Fachverwaltung des Tiefbauamts – und zwar in personeller, finanzieller wie auch in organisatorischer Hinsicht. Grundvoraussetzung für die zeitnahe Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen und Bauprojekten ist ein handlungsfähiges Tiefbauamt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten hier sichtbare Ergebnisse! Verwaltung und Politik sind es den Bürgerinnen und Bürgern in Dortmund schuldig, dass die kommunale Infrastruktur instand gehalten, aber auch zeitgemäß verbessert wird. Wenn das mit den bestehenden Strukturen nicht möglich ist, dann müssen wir eben neue schaffen, die dazu in der Lage sind.“

Barrierefreiheit von ÖPNV-Haltestellen herstellen

Foto: CDU-Ratsfraktion

Die Nahverkehrsplanung ist an dem Ziel auszurichten, für die Nutzung des ÖPNV bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. So steht es seit Anfang 2013 im Personenbeförderungsgesetz. Gut ein halbes Jahr vor diesem Stichtag ist die Wirklichkeit in Dortmund eine andere: Was die Barrierefreiheit von ÖPNV-Haltestellen angeht, steht Dortmund im interkommunalen Vergleich überhaupt nicht gut da. Mit einer Quote von nur 30 Prozent hinken wir anderen Ruhrgebietsstädten deutlich hinterher. Nur zum Vergleich: Oberhausen kommt auf 94 Prozent.

Um das schnellstmöglich zu ändern und endlich alle Haltestellen in unserer Stadt barrierefrei zu gestalten, haben wir im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen mit dem einstimmig beschlossenen Antrag zur „Barrierefreiheit im ÖPNV“ den Druck erhöht und konkrete Maßnahmen zur Abstellung des Missstandes von der Verwaltung eingefordert.

Durchgesetzt: Runder Tisch gegen „Einsamkeit und soziale Isolation in Dortmund“

Wir wollen etwas tun gegen ein leider immer häufiger anzutreffendes gesellschaftliches Phänomen: Einsamkeit und soziale Isolation. Endlich ist uns ein Durchbruch gelungen und ein Einstieg gefunden. „Dieser CDU-Erfolg hat eine Vorgeschichte“, freut sich Thomas Bahr, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, gemeinsam mit seiner Vorgängerin Justine Grollmann: „Nach langem und vehementem Drängen unserer Fraktion hat der Rat der Stadt die Einberufung eines runden Tisches zur inhaltlichen Aufarbeitung der Themenfelder ‚Einsamkeit‘ und ‚soziale Isolation‘ mehrheitlich beschlossen. Über anderthalb Jahre hat unsere Fraktion im Sozialausschuss gegen große Widerstände versucht, diesem lange Zeit vernachlässigten Themenbereich mit eigenen Gestaltungsideen die nötige politische Aufmerksamkeit zu verschaffen. Im Fachausschuss scheiterten unsere Vorschläge immer wieder an der Blockadehaltung der SPD-Fraktion. Angesichts der nunmehr augenscheinlichen Bedeutung des Themas infolge der sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie hat bei einigen Fraktionen offenbar ein Umdenken stattgefunden. Als erster Schritt ist nun die von uns beantragte Einberufung eines runden Tisches auf dem Weg! Wir freuen uns über diesen ersten, vielversprechenden Erfolg und werden den Kampf gegen Einsamkeit weiterhin mit Nachdruck auf politischer Ebene verfolgen.“

P+R-Netz: Umstieg auf ÖPNV fördern, Verkehrsaufkommen reduzieren, Klima schützen!

„Wir wollen den Umstieg auf den ÖPNV attraktiver machen und so zu einer Veränderung der heutigen Verkehrsgewohnheiten kommen, bei denen das Auto das Verkehrsmittel der ersten Wahl ist“, beschreibt Uwe Waßmann, Specher der CDU-Fraktion in dem für Klimaschutz zuständigen Ausschuss des Rates, einen wichtigen Ansatzpunkt zur Reduzierung des Autoverkehrs. In unserem Programm zur letzten Kommunalwahl haben wir uns in diesem Zusammenhang das Ziel gesetzt, in Zusammenarbeit mit dem VRR mindestens 1.500 weitere P+R-Stellplätze zu schaffen. Uwe Waßmann: „In der Mai-Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen haben wir Worten Taten folgen lassen und diesen Programmpunkt aufgegriffen. Unser Antrag zum ‚Neubau von P+R-Anlagen‘ hat im Ausschuss eine Mehrheit gefunden. In dem Antrag fordern wir von der Verwaltung,

Foto: CDU-Ratsfraktion

- geeignete Flächen zum Ausbau des P+R-Angebotes zu identifizieren,
- ein Ausbaukonzept vorzulegen und
- P+R-Parkplätze mit digitalen Systemen zur Echtzeitinformation über die Auslastung auszustatten.

Um mehr Menschen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu gewinnen, fördert der VRR das Park+Ride-Angebot in der Region. Die Verwaltung soll die bestehenden Fördermöglichkeiten ausschöpfen.“

Raser- und Poserszene stoppen

Null-Toleranz gegenüber rücksichtslosen Rasern und Autoposern: Autorennen auf dem Wall, aufheulende Motoren in der Nacht und Hupkonzerte – all das ist seit Monaten unter anderem am Wall, auf PHOENIX West und am PHOENIX See insbesondere an den Wochenenden ein Problem.

Uwe Wallrabe, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion:
„Wir haben der rücksichtslos auftretenden Raser- und Poserszene den Kampf angesagt. Wir möchten nicht, dass sich die Szene in Dortmund auf Kosten anderer einrichtet. Deshalb haben wir Maßnahmen gefordert, die der Szene den Spaß an Dortmunds Straßen nehmen sollen. Mit der Einführung des Tempo-30-Limits auf dem Wall zwischen 21.00 Uhr abends und 5.00 Uhr morgens wurde eine unserer Forderungen von Polizei und Ordnungsamt umgesetzt. Zur wirksamen Bekämpfung der Raser- und Poserszene bleiben wir aber bei unserer Forderung zusätzlicher Maßnahmen, wie versenkbare Poller und temporäre Einbahnstraßenregelungen an den Hotspots. Zum Schutz der Wohnbevölkerung am PHOENIX See vor den Lärmbelästigungen der Poser- und Tunerszene, deren Mitglieder in den Abendstunden mit aufgemotzten Autos in den Anliegerstraßen rund um den See lautstark für unhaltbare Zustände sorgen, wollen wir temporäre Straßensperrungen am PHOENIX See durchsetzen.“

Foto: CDU-Ratsfraktion

Egoismus keine Chance: Parken auf Parkplätzen für E-Autos zeitlich begrenzen

Wir wollen die Elektromobilität in Dortmund nach vorne bringen. Die Elektromobilität kann dazu beitragen, dem Ziel der Klimaneutralität Dortmunds bis 2035 näherzukommen. Ein Schlüssel zum Erfolg ist eine attraktive, öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur. Wir möchten sicherstellen, dass öffentliche Ladepunkte auch tatsächlich einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und nicht durch rücksichtsloses Verhalten Einzelner missbraucht werden. So dürfen E-Autos bislang auf Parkplätzen mit Ladesäulen kostenlos parken. „Leider ist immer wieder und vermehrt festzustellen, dass diese dem Ladevorgang vorbehaltenen Parkplätze missbräuchlich zum Dauerparken genutzt werden. Diesen Missstand wollen wir ausräumen, und die verfügbaren öffentlichen Ladepunkte auch wirklich der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Durch ein zeitlich begrenztes Parken – für die Dauer eines Ladevorgangs und unter Kenntlichmachung mit Hilfe einer Parkscheibe. Wir wollen, dass diese Parkplätze möglichst vielen Nutzern von Elektromobilen zur Verfügung stehen und nicht von einem Dauerparker blockiert werden“, erläutert Uwe Wallrabe, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, unseren diesbezüglichen Vorstoß im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden.

Wir freuen uns, dass die Verwaltung inzwischen reagiert und die Absicht angekündigt hat, E-Parkplätze mit einer Parkscheibenregelung zu bewirtschaften, um Dauerparker zu verhindern. Die Bewirtschaftungszeit soll in Abhängigkeit von der örtlichen Gegebenheit gemäß dem Elektromobilitätsgesetz festgelegt werden.

Dortmunder Projekte profitieren vom Städtebauförderprogramm 2021

Gute Nachrichten aus dem Land: Rund 7 Mio. Euro fließen aus dem Städtebauförderprogramm 2021 zur Unterstützung unterschiedlichster Projekte nach Dortmund. Mit dem aktuellen Städtebauförderprogramm werden landesweit 294 Projekte der Stadtentwicklung und 60 Sportstätten (Neubau oder Sanierung) mit insgesamt 368 Millionen Euro gefördert.

Uwe Waßmann, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Ich freue mich sehr, dass Dortmund von diesem Förderprogramm zur Stadtentwicklung profitiert. Rund 7 Millionen Euro kommen Projekten in Dortmund zugute. Neben Fördermitteln in Höhe von 1,8 Millionen Euro für das Hörder Zentrum, werden insbesondere folgende Projekte unterstützt: Mit insgesamt 1.257.000 Euro wird das Hansa-Revier in Huckarde durch die Schaffung neuer Spiel- und Aufenthaltsplätze sowie ein Hof- und Fassadenprogramm aufgewertet. Für das Bürgerbegegnungszentrum in Dorstfeld werden allein mehr als 900.000 Euro an Fördergeldern bereitgestellt. In der Nordstadt sollen Bolzplätze modernisiert und der Abriss des ‚Horror-Hochhauses' an der Kielstraße finanziell unterstützt werden." An der Finanzierung des Städtebauförderprogramms 2021 beteiligen sich das Land Nordrhein-Westfalen mit 195 Millionen Euro, der Bund mit 171 Millionen Euro und die Europäische Union mit zwei Millionen Euro. Die Städtebauförderung gliedert sich in die Teilprogramme „Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne", „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten" und „Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten" sowie dem „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten".

Foto: CDU-Ratsfraktion

UNESCO-Weltkulturerbe „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet": Imagegewinn oder Entwicklungshemmnis?

Foto: CDU-Ratsfraktion

Gegen die Stimmen der CDU hat der Rat mit Mehrheit für die Teilnahme der Stadt Dortmund am Bewerbungsverfahren zum UNESCO-Weltkulturerbe „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet" gestimmt. Die CDU-Fraktion hat sich nach intensiven internen Beratungen frühzeitig gegen diese Bewerbung als „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet" ausgesprochen. Nach Auffassung der Fraktion werden die planungsrechtlichen Restriktionen, die mit dem Status des Weltkulturerbes einhergehen, die zukünftige Stadtentwicklung in einem nicht hinnehmbaren Maße beeinträchtigen.

Nach dem Stand zum Zeitpunkt der Ratsentscheidung sind insgesamt 21 kulturhistorisch bedeutsame Orte im gesamten Stadtgebiet gelistet, die als Weltkulturerbe-Stätten unter besonderen Schutz gestellt werden sollen. Uwe Waßmann, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion erläutert die Bedenken der CDU-Fraktion: „Dies würde die kommunale Planungshoheit unseres Erachtens erheblich einschränken, weil neben freizuhaltenden Sichtachsen in unmittelbarer Nähe der Kulturstätten auch Pufferzonen einzurichten wären. Wir haben die Sorge, dass wir uns mit den selbst auferlegten Einschränkungen, die mit einer Bewerbung zum Weltkulturerbe einhergehen, der kommunalen Stadtentwicklungspotenziale berauben. Hinzu kommt, dass wir in der Welt das Image Dortmunds als eine Stadt des erfolgreichen Strukturwandels, des Aufbruchs und der Innovation herausstellen möchten. Wir haben erhebliche Zweifel, ob die Weltkulturerbeauszeichnung als ‚Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet' wirklich einen Imagegewinn bedeutet und nicht vielmehr in den Schatten stellt, dass wir eine Region der Innovation, des Aufbruchs und der Transformation sind."

Erleichterte Suche nach passenden Hilfs- und Beratungsangeboten: Digitales Dortmunder Sozialverzeichnis

Mit einem neuen Online-Informationsportal, das alle sozialen Angebote und Dienstleistungen in unserer Stadt auf einen Blick erfasst, wollen wir Menschen in Krisen- und Notsituationen den Weg zum passenden Hilfs- und Beratungsangebot erleichtern. Unsere Idee fand im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit eine Mehrheit.

„In der Not weiß man oft nicht auf Anhieb, wohin man sich wenden kann. Egal ob Familienhilfe oder Schuldnerberatung, Altenpflege oder Gewaltprävention: Alle wichtigen Informationen zu Angeboten und Anlaufstellen im sozialen Bereich sollen sich im neuen Onlineportal aufrufen lassen. Sinn und Zweck ist es, Rat und Unterstützung suchenden Menschen einen einfachen und schnellen Überblick über mögliche Hilfs- und Beratungsangebote zu verschaffen. Deshalb soll das digitale Dortmunder Sozialverzeichnis mit einer benutzerfreundlichen Suchfunktion eingerichtet werden. Es muss mehrsprachig und in leichter Sprache angeboten werden und mit einem einfachen Klick über die Homepage der Stadt Dortmund abrufbar sein", erläutert der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Thomas Bahr. Die Verwaltung hat nun den Auftrag, das digitale Informationsportal zu den Hilfs- und Beratungsangeboten im sozialen Bereich zu erstellen.

Klimaschutz: Städtischer Klimabeirat

Zur Unterstützung der Klimaschutzpolitik der Stadt Dortmund mit dem mittelfristigen Ziel der Klimaneutralität hat der Rat der Stadt Dortmund auf unsere gemeinsame Initiative mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Einsetzung eines „Klimabeirats" beschlossen. Zusammensetzen soll sich der Beirat aus VertreterInnen der Fachpolitik, der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften, des Handels, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Forschung sowie aus VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (NGOs). Möglichst noch im dritten Quartal dieses Jahres soll der Klimabeirat als beratendes Gremium seine Arbeit aufnehmen.

Dortmunder Museumsmeile mit „Haus der Dortmunder Geschichte“

Wir möchten die Dortmunder Museumslandschaft um ein „Haus der Dortmunder Geschichte“ ergänzen und eine „Dortmunder Museumsmeile“ schaffen. Das Museum für Kunst und Kulturgeschichte schwebt uns dabei als Stammhaus der neuen Ausstellung vor. Die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Ute Mais, erläutert das Vorhaben: „Unserer Stadt fehlt ein Ort, der die Dortmunder Geschichte von der Industrialisierung bis heute in all ihren Facetten erzählt. In den letzten zweihundert Jahren hat sich Dortmund von einer Stadt mit rund 4.500 Einwohnern zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einer Metropole mit über 600.000 Menschen entwickelt. Wo einst der Dreiklang von Kohle, Stahl und Bier für Aufschwung und Wohlstand sorgte, stehen heute Hochtechnologie, Wissenschaft und Forschung für einen erfolgreich verlaufenden Strukturwandel. Genau diese Entwicklung sollte in einem ‚Haus der Dortmunder Geschichte‘ nachgezeichnet und vermittelt werden. Das ‚Haus der Dortmunder Geschichte‘ soll nach unserer Vorstellung an einem zentralen Standort in der Dortmunder City realisiert werden. Dies würde die Möglichkeit eröffnen, die innerstädtischen Kultureinrichtungen, wie das Dortmunder U, das DFB-Museum, den schauraum: comic + cartoon, die Stadt- und Landesbibliothek und das Museum für Kunst und Kulturgeschichte zu einer ‚Dortmunder Museumsmeile‘ zu verbinden und entsprechend zu vermarkten. Wir versprechen uns davon eine weitere Aufwertung und größere Strahlkraft der Dortmunder Museumslandschaft in Land und Region.“

Foto: CDU-Ratsfraktion

Impfquote erhöhen: Betriebsärztliches Impfangebot für die 10.000 Beschäftigten der Stadt, sobald ausreichend Impfstoff verfügbar ist

Foto: CDU-Ratsfraktion

Die Stadt Dortmund soll so schnell wie möglich mit einem eigenen betriebsärztlichen Impfangebot für die rund 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt zur Beschleunigung der Corona-Impfkampagne und zur Entlastung anderer Impfwege (Hausärzte, Impfzentrum) an den Start gehen. Vorausgesetzt, es stehen dem gesamten System genügend Impfstoffe zur Verfügung. Mit dieser Forderung konnten wir uns in der Sitzung des Rates am 20. Mai 2021 durchsetzen.

Dazu Dr. Jendrik Suck, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund:
„Immer mehr Unternehmen bereiten sich mit der Einrichtung eigener Impfstraßen darauf vor, ihren Belegschaften die Möglichkeit zur Corona-Impfung anbieten zu können, sobald Impfstoff dafür zur Verfügung steht. Wir begrüßen dies und wollen, dass die Stadt als Arbeitgeberin von rund 10.000 Menschen diesem Beispiel folgt und mit einem betriebsärztlichen Impfangebot zur Erhöhung der Impfquote beiträgt. Große Arbeitgeber, wie die Stadt Dortmund, können mit einem betrieblichen Impfangebot für eine Entlastung der anderen Impfwege über Impfzentren und Haus- bzw. Fachärzte sorgen. Auf diese kommt mit dem Wegfall der Impf-Priosierung ein noch viel größerer Ansturm zu als bislang. Betriebliche Angebote können hier helfen, den Druck des Ansturms zu reduzieren. Deshalb haben wir im Rat der Stadt Dortmund erfolgreich beantragt, dass die Verwaltung unverzüglich ein Impfkonzept vorlegt und alle räumlichen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen für ein betriebliches Impfangebot schafft. Dieses muss in dem Moment stehen, in dem dies rechtlich möglich ist und – das ist die Grundvoraussetzung – ausreichend Impfstoff für alle Impfwege zur Verfügung steht. Verbunden ist dies mit dem dringenden Appell an Land und Bund, für ausreichend Impfstoff zu sorgen.“

Leben retten: Mobile Retter

Eine App, die Leben retten kann! Die CDU-Fraktion hat sich im zuständigen Fachausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden erfolgreich für die Einführung eines Ersthelfer-Alarmierungssystems bei der Dortmunder Feuerwehr nach dem Beispiel des „Mobile Retter-Systems“ eingesetzt. Als eine sinnvolle und unter Umständen lebensrettende Ergänzung zu Rettungsdienst und Notarzt. Die Verwaltung ist nun beauftragt, das Ersthilfesystem „Mobile Retter“ in Dortmund“ einzuführen. Damit ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer noch schnelleren und effektiveren Erstversorgung von Notfallpatienten gemacht.

Uwe Wallrabe, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden: „In Deutschland erleiden nach Angaben des Deutschen Rates für Wiederbelebung jährlich ca. 50.000 Menschen außerhalb eines Krankenhauses einen Herz-Kreislauf-Stillstand und nur 10% der Betroffenen überleben einen solchen Notfall. In einer Vielzahl der Fälle könnten die Überlebenschancen durch frühzeitig eingeleitete Wiederbelebungsmaßnahmen deutlich erhöht werden. Hier kommen Ersthelfer-Alarmierungssysteme, wie beispielsweise die ‚Mobilen Retter‘, ins Spiel. Diese registrierten, ausgebildeten, ehrenamtlichen Retter werden über ihr Smartphone geortet und bei räumlicher Nähe zum Notfall alarmiert, sobald Notrufe in der Leitstelle der Feuerwehr mit der Meldung ‚Herz-Kreislauf-Stillstand‘ oder ‚Bewusstlosigkeit‘ eingehen. Bei einem Notfall in der Nähe ihres Aufenthaltsortes können die ‚Mobilen Retter‘ schnell Erste Hilfe leisten, bis die Einsatzkräfte des parallel alarmierten Rettungsdienstes eintreffen. Wir sind von dem Nutzen des appbasierten Ersthelfer-Alarmierungssystems überzeugt. Eine lebensrettende Ergänzung für ein schnelles, professionelles und effektives Rettungswesen!“

CDU
Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Die Mitglieder der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Sprechen Sie uns bitte an:
0231 - 57 94 11
oder
mail@cdu-fraktion-dortmund.de

Thomas Bahr

Sprecher im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit

Christian Barrenbrügge

Sprecher im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie sowie im Betriebsausschuss FABIDO
Stellv. Sprecher im Schulausschuss

Annette Becker

Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün

Emmanouil Daskalakis

Reinhard Frank

Mitglied des Fraktionsvorstandes (Schatzmeister)
Sprecher im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Rechnungsprüfungsausschuss

Dr. Eva-Maria Goll

Sprecherin im Schulausschuss

Justine Grollmann

Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzerin)

Dirk Hartleif

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit

Thorsten Hoffmann

Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzer)
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienst, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden

Sascha Mader

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Sport und Freizeit
Sprecher im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
Stellv. Sprecher im Hauptausschuss und Ältestenrat

Ute Mais

Bürgermeisterin
Sprecherin im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie sowie im Betriebsausschuss FABIDO

Matthias Nienhoff

Stellv. Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung

Udo Reppin

Stellv. Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses
Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

Manfred Sauer

Sprecher im Rechnungsprüfungsausschuss

Dr. Jendrik Suck

Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
Sprecher im Hauptausschuss und Ältestenrat

Michaela Uhlig

Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit

Lars Vogeler

Sprecher im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung

Uwe Wallrabe

Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzer)
Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden

Uwe Waßmann

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung

Friedrich-Wilhelm Weber

Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen

So erreichen Sie uns:

Südwall 21-23
44135 Dortmund

Mo. - Do.:	9.00 - 17.30 Uhr
Fr.:	9.00 - 14.00 Uhr oder nach Vereinbarung
Telefon:	02 31 - 57 94 11
Internet:	www.cdu-fraktion-dortmund.de
E-Mail:	mail@cdu-fraktion-dortmund.de

cdufraktiondortmund
cdufraktiondortmund
cdufraktionDO